SPD Fraktion im Bayerischen Landtag

Unser Bildungsversprechen für Bayern

Pressekonferenz mit

Holger Grießhammer, Fraktionsvorsitzender,

Nicole Bäumler, bildungspolitische Sprecherin,

Doris Rauscher, Vorsitzende Sozialausschuss, sozialpolit. Sprecherin

und

Katja Weitzel, hochschulpolitische Sprecherin

11.11.2026 um 12.00 Uhr,

PK-Raum A211 des Bayerischen Landtags und Webex

BayernSPD Landtagsfraktion
PRESSESTELLE
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2755
bayernspd-landtag.de
pressestelle@bayernspd-landtag.de

Unser Bildungsversprechen für Bayern – Was sich nach PISA ändern muss

Die Internationale PISA-Studie 2025 ist ein Weckruf. Jeder dritte 15-Jährige oder jede dritte 15-Jährige in Deutschland versteht einfache Texte nicht sicher oder scheitert an grundlegenden mathematischen Zusammenhängen. Das ist das schlechteste Ergebnis seit Beginn der Studie vor 25 Jahren. Deutschland erreicht im Ländervergleich nur noch einen mittleren Platz.

Doch Bildungslücken entstehen nicht erst in der Schule. Ihr Ursprung liegt ganz am Anfang – in den ersten Lebensjahren, zu Hause und in der Kita. Die Kita ist der erste Bildungsort außerhalb der Familie. Hier lernen Kinder sprechen und zuhören, hier entstehen die ersten Grundlagen für Lesen und Schreiben, erstes mathematisches und naturwissenschaftliches Denken und die Fähigkeit, mit anderen gut auszukommen. Die Qualität dieser frühen Bildung prägt ein Leben lang. Sie kann Ungleichheiten verstärken – oder abbauen und Chancen eröffnen. Aber gerade in Deutschland zeigt sich: Bildungschancen hängen besonders stark von der sozialen Herkunft ab.

Die Staatsregierung hat mehr Unterricht und Förderung in den Grundschulen beschlossen. Dies reicht jedoch nicht aus. Es braucht umfassende Verbesserungen, die bereits in Kita und Grundschule greifen, doch auch ältere Kinder und Jugendliche dürfen mit ihren Lerndefiziten nicht allein bleiben: Berufsschulen müssen zum Ort der zweiten Chance werden und junge Erwachsene, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollen in der Erwachsenenbildung mehr Möglichkeiten erhalten, das Versäumte nachzuholen. Ein Blick auf die Lehrpläne zeigt allzu oft: Sie sind oft nicht mehr aktuell. Auf der einen Seite gibt es zu viel Stoff und zu wenig Zeit zum Üben und auf der anderen fehlen wichtige Themen. Künstliche Intelligenz und Medienbildung sowie Demokratiebildung müssten aufgenommen werden. Gute Bildung funktioniert besser mit aktuellen Lerninhalten.

Soziale Ungleichheit gibt es auch beim Zugang zu den Universitäten und Hochschulen. Aber Studieren darf keine Frage der Herkunft sein. Deshalb ist es erforderlich, beim Übergang von der Schule zusätzliche Hilfen für Studierende der ersten Generation zu schaffen.

Wir haben sieben Bildungsversprechen für Bayern zusammengestellt, die dazu beitragen sollen, die Freude an Bildung und Lernen zu wecken und dort zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird, um allen Kindern bessere Leistungen und bessere Lebenschancen zu ermöglichen.

Unser Bildungsversprechen für Bayern I:
Bildungsort Familie stärken, Kitas zu Familienkompetenzzentren weiterentwickeln (Drs. 19/14317)

Frühkindliche Bildung findet nicht nur in der Kita statt, sondern vor allem in der Familie, und manche Familien brauchen Unterstützung zum Beispiel bei Themen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sprachentwicklung, psychischer Gesundheit, Inklusion und Integration sowie Medienerziehung und Armutsprävention. Wenn Eltern hier frühzeitig Hilfe erhalten, verbessern sich die Bildungschancen ihrer Kinder enorm. Die Sprache entwickelt sich besser, die Lernmotivation steigt, ebenso soziale Kompetenzen und Resilienz. Familien werden also gestärkt, bevor die Bildungsunterschiede entstehen.

Forderung: Familienkompetenzzentren, die Angebote für Familien bündeln

1. Familienkompetenzzentren sollen Hilfen leichter zugänglich machen, zum Beispiel Elternberatung und Familienbildung.

2. Begleitung beim Übergang in die Schule, sowie Unterstützung bei gesundheitlichen und erzieherischen Fragen in Zusammenarbeit mit Fachstellen aus Gesundheitssystem und der Kinder- und Jugendhilfe.

3. Kitas arbeiten enger zusammen mit Frühförderstellen und Familienbildungsstätten.

4. Fachkräfte sollen nicht zusätzlich belastet werden, sondern mit neuen Ressourcen, Geld und zusätzlichem Personal ausgestattet werden.

Unser Bildungsversprechen für Bayern II:
Sprach-Kita-Förderung dauerhaft sichern (Drs. 19/14318)

Sprache ist der Schlüssel zu Bildungschancen. Wie früh sich hier die Wege trennen, zeigt das Nationale Bildungspanel: Schon zweijährige Kinder aus besser gestellten Familien verwenden im Schnitt rund 60 Wörter mehr als Gleichaltrige aus Familien mit weniger Einkommen und weniger Bildung.

Gute und frühe Sprachförderung ist deshalb vor allem für diese Kinder entscheidend. Mit dem bayerischen Sprach-Kita-Programm sind seit 2023 Fachkräfte aufgebaut worden, die genau das leisten: Sie fördern Sprache mitten im Kita-Alltag und unterstützen die Teams vor Ort.

Ende dieses Jahres läuft das Programm als eigenständige Förderung aus. Viele Träger befürchten, dass das Geld für Sprachförderung künftig nicht mehr dort ankommt, wo es gebraucht wird. Es fließt künftig als Pauschale an die Kommunen, die selbst darüber entscheiden dürfen, ob und wie Sprachförderkräfte finanziert werden. Dann könnten erfahrene Sprachfachkräfte ihre Stellen verlieren. Leidtragende wären vor allem Kinder, die Unterstützung beim Sprechen lernen brauchen.

Forderung: Erhalt des bewährten Sprachkita-Programms

1. Weiterführung des Sprach-Kita-Programms über den 31. Dezember 2026 hinaus

2. Gute finanzielle Ausstattung

3. Erhalt der eingespielten Netzwerke und der hohen Qualität der Sprachförderung

Unser Bildungsversprechen für Bayern III:
Schulversuch Längeres gemeinsames Lernen (Drs. 19/14319)

Eine Anhörung von Expertinnen und Experten Ende Oktober hat ergeben, dass längeres gemeinsames Lernen die Chancengleichheit erhöhen kann. Laut Ifo-Institut ist in keinem Bundesland der Zusammenhang zwischen Elternhaus und Gymnasialbesuch so eng wie in Bayern. In Bayern wechseln 39 Prozent eines Jahrgangs ans Gymnasium, bundesweit sind es 44 Prozent (IQB-Bildungstrend 2024). Studien haben weiter ergeben, dass eine frühe Aufteilung nicht automatisch mit einem Leistungsvorteil verbunden ist, wohl aber mit mehr Ungleichheit (Metaanalyse Terrin & Triventi). Professor **Kai Maatz** (Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation - DIPF) empfiehlt einen Schulversuch zum längeren gemeinsamen Lernen.

Forderung: Schulversuch für längeres gemeinsames Lernen unter folgenden Rahmenbedingungen:

1. Freiwilligkeit: Schulen bewerben sich. Lehrerkonferenz, Elternbeirat bzw. Schulforum und Sachaufwandsträger müssen zustimmen.

2. Modell: Gemeinschaftsschule für die Jahrgangsstufen 5–10, auf Wunsch auch 1–10. Dort sollen alle Abschlüsse der Sekundarstufe I möglich sein, ebenso der Übergang in Oberstufe, Fachoberschule (FOS) oder berufliche Bildung. Ein Wechsel an eine Regelschule bleibt jederzeit möglich.

3. Standorte: Mindestens zwei pro Regierungsbezirk, in Stadt und Land. Ausdrücklich dabei sein sollen Schulen, deren Bestand gefährdet ist, und Schulen in herausfordernder Lage.

4. Ausstattung: Zusätzliche Lehrerwochenstunden, multiprofessionelle Teams und Begleitung durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen und das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB).

5. Begleitforschung: Ein unabhängiges Institut wird per Ausschreibung beauftragt. Geplant sind Vergleichsgruppen und mehrere Jahrgänge. Untersucht werden Kompetenzen, Herkunftseffekte, Wohlbefinden und Abschlüsse.

Unser Bildungsversprechen für Bayern IV:
Lehrpläne zukunftsfest machen – weniger Stoffdruck, mehr Zeit zum Lernen“ (Drs. 19/14320)

Für eine Verbesserung der Leistungen braucht es an den Schulen mehr Zeit zum Üben und mehr Freiraum. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die grundlegenden Kompetenzen sicher erwerben. Deshalb müssen die Lehrpläne der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bayern systematisch überprüft und neu ausgerichtet werden. Ganz wichtig: Die Lehrkräfte sollen durch klare Prioritäten und weniger Stofffülle entlastet werden. Sachsen geht mit gutem Beispiel voran. Dort werden seit Beginn des Schuljahrs 2026/27 alle 528 Lehrpläne gleichzeitig überarbeitet.

Forderung: Lehrpläne zukunftsfest machen

1. Verbindlicher Kern: Für jedes Fach und jede Jahrgangsstufe werden die unverzichtbaren Kompetenzen festgelegt. Maßstab sind die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK), bei den beruflichen Schulen deren Rahmenlehrpläne.

2. Weniger Stoff: Die Pflichtinhalte werden gekürzt und von Vertiefungsinhalten getrennt. Ein fester Teil der Unterrichtszeit ist für Üben, Wiederholen und Fördern reserviert. Neue Inhalte kommen nur hinzu, wenn an anderer Stelle gekürzt wird.

3. Zukunftskompetenzen: Künstliche Intelligenz, der Umgang mit sozialen Medien und Desinformation sowie Demokratiebildung werden in den Lehrplänen verankert.
   Die Fächer Politik und Gesellschaft sowie Geschichte werden gestärkt.

Unser Bildungsversprechen für Bayern V:
Berufliche Schulen zum Ort der zweiten Chance machen (Drs. 19/14321)

Die von der Staatsregierung bislang vorgesehenen Maßnahmen nach dem erneuten PISA-Schock zielen auf Kinder in der Grundschule. Doch die Jahrgänge mit den schwachen PISA- und IQB-Ergebnissen sitzen heute in den Berufsschulen. Ihnen fehlen oft wichtige Grundlagen für ihre Fachausbildung. Deshalb sollten Berufsschulen zum Ort der zweiten Chance gemacht werden. Berufliche Schulen müssen intensiver in den Blick genommen und gestärkt werden.

Forderung: Berufliche Schulen zum Ort der zweiten Chance machen

1. Zusätzliche Förderstunden in Deutsch und Mathe, verteilt nach Bedarf und Sozialstruktur der Schule
2. Förderung innerhalb der regulären Berufsschulzeit, in der Berufsvorbereitung als fester Bestandteil
3. Berufsbezogene Sprachförderung während der ganzen Ausbildung, besonders im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und in den Berufsintegrationsklassen
4. Angemessene Berücksichtigung im Startchancen-Programm
5. Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Sprachförderung
6. Zusätzliche Lehrkräftestellen

Unser Bildungsversprechen für Bayern VI:
Grundbildung und Schulabschlüsse für junge Erwachsene – kostenfrei und wohnortnah (Drs. 19/14322)

Für viele junge Menschen endet mit der Schulpflicht auch jede systematische Förderung und Bildung. Im Abschlussjahr 2025 verließen in Bayern 7.923 Jugendliche die Schule ohne Mittelschulabschluss. Das sind rund ein Drittel mehr als 2020. Hinzu kommen junge Menschen, die zwar einen Abschluss haben, aber nicht sicher lesen, schreiben und rechnen können. Ob sie ihre Lücken später schließen können, hängt oft davon ab, ob sie oder ihre Familie Nachhilfe oder Kurse bezahlen können.

Doch Bildung darf zu keinem Zeitpunkt vom Geldbeutel abhängen. Mit den Volkshochschulen und den anderen nach dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (BayEbFöG) anerkannten Trägern besteht im Freistaat bereits eine flächendeckende Struktur mit Erfahrung in Alphabetisierung, Grundbildung und im Nachholen von Abschlüssen. Es fehlt aber ein

kostenfreies Angebot gezielt für die Jahrgänge, deren Kompetenzverluste PISA und der IQB-Bildungstrend belegen.

Forderungen: Grundbildung für junge Erwachsene

1. Landesprogramm „Grundbildung für junge Erwachsene“: Volkshochschulen und andere anerkannte Träger der Erwachsenenbildung sollen kostenfreie Kurse in Basiskompetenzen und digitaler Grundbildung anbieten können. Zielgruppe sind junge Menschen bis zum vollendeten 27. Lebensjahr.

2. Ausbau der Förderung für das Nachholen des Mittelschulabschlusses: Die Kurse sollen für die Teilnehmenden kostenfrei sein. Sie sollen auch im ländlichen Raum mit vertretbarem Aufwand erreichbar sein, also berufsbegleitend, abends sowie digital oder hybrid.

3. Aufsuchende Bildungsberatung: Gemeinsam mit den Jugendberufsagenturen soll eine Beratung aufgebaut werden, die junge Menschen ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung aktiv aufsucht.

Unser Bildungsversprechen VII: Studieren darf keine Frage der Herkunft sein (Drs. 19/14323)

Ob ein junger Mensch studiert, hängt in Bayern wie in ganz Deutschland noch immer stark vom Elternhaus ab: Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien nehmen 79 ein Studium auf, aus nichtakademischen Familien nur 27. Das liegt nicht an fehlender Leistung. Wer als Erste oder Erster in der Familie an die Hochschule will, dem fehlen oft das Wissen über Studienwahl, Bewerbung und Finanzierung sowie Vorbilder im eigenen Umfeld. Viele entscheiden sich deshalb aus Vorsicht gegen ein Studium, obwohl sie das Zeug dazu haben, oder denken später häufiger an einen Abbruch, etwa weil sie nebenher arbeiten müssen. So gehen Talente verloren, für die Einzelnen wie für unsere Gesellschaft.

Forderungen: Hilfen beim Start ins Studium

1. Schaffung eines landesweiten Talentscoutings an den Schulen

2. Eine dauerhafte Landesförderung für die Initiative ArbeiterKind.de

3. Eine feste Anlaufstelle für Studierende der ersten Generation an jeder staatlichen Hochschule.

Zusätzlich wollen wir mit einer Schriftlichen Anfrage die Staatsregierung in die Pflicht nehmen offenzulegen, wie sie diese jungen Menschen bisher unterstützt und wie es um die Datenlage steht.

BayernSPD Landtagsfraktion
PRESSESTELLE
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2755
bayernspd-landtag.de
pressestelle@bayernspd-landtag.de